

PRESSEMITTEILUNG

Sperrfrist: 6. Dezember 2007 10.00 Uhr

Global Corruption Barometer 2007 Keine grossen Veränderungen in der Schweiz

Transparency International stellte am 6. Dezember 2007 den Global Corruption Barometer in Berlin vor. Der Privatsektor schneidet am schlechtesten ab. Handlungsbedarf besteht aber auch bei den Medien.

Berlin/Bern, 6. Dezember 2007 - Die Anti-Korruptionsorganisation Transparency International stellte in Berlin den Global Corruption Barometer 2007 vor, eine jährliche erhobene Meinungsumfrage in Bezug auf Korruption. Über 40% der befragten Schweizer gehen davon aus, dass die Korruption zunehmen wird. Nur 7% erwarten eine Verbesserung der Situation. Noch ein pessimistischeres Bild zeigt sich in den EU-Staaten, wo die Mehrheit der Befragten davon ausgeht, dass die Korruption ansteigen wird, beispielsweise Deutschland mit 69%, England mit 72% und die Niederlande mit 73%.

Nur ein Drittel der Schweizer hält die Bemühungen der Schweizer Regierung, Korruption zu bekämpfen, für wirksam. Obwohl Korruptionsbekämpfung ein wichtiges Anliegen der Schweizer Regierung ist und sie sich in diesem Bereich engagiert, besteht noch Handlungsbedarf. So hat sie, im Unterschied zu über 100 Ländern, die UNO-Konvention gegen Korruption noch nicht ratifiziert.

Bei der Frage nach Korruption in den verschiedenen Sektoren in der Schweiz werden die Privatwirtschaft (3) und die Medien (2,9) auf einer Skala von 5 („höchst korrupt“) bis 1 („überhaupt nicht korrupt“) am schlechtesten bewertet, gefolgt von den politischen Parteien an dritter Stelle (2,8). Am wenigsten korrupt werden der Sektor Grundversorgung (Energie, Wasser etc.) sowie das Bildungssystem mit je 1,9 eingeschätzt.

Nach wie vor im oberen Mittelfeld sind religiöse Institutionen (2,4) und Nicht-Regierungsorganisationen NGOs (2,3). Hier zeigt sich, dass Transparenz in der Zivilgesellschaft mindestens genauso wichtig ist wie bei Staat und Wirtschaft. Gerade die NGOs stehen immer mehr unter wachsendem öffentlichem Druck, transparent zu arbeiten und Rechenschaft darüber abzulegen, wie sie sich und ihre Aufgaben finanzieren.

Kontakt

Für zusätzliche Informationen kontaktieren Sie bitte:
Anne Schwöbel, Geschäftsführerin Tel. 078 820 66 69

Tabelle auf Seite 2

Sektoren in der Schweiz

(5=höchst korrupt; 1= überhaupt nicht korrupt)

Sektor	2007	2006
Privatwirtschaft	3,0	2,9
Medien	2,9	2,9
Politische Parteien	2,8	3,0
Parlament	2,5	2,6
Religiöse Institutionen	2,4	2,5
Steuerbehörden	2,4	2,5
Nicht-Regierungsorganisationen	2,3	2,4
Medizinische bzw. ärztliche Dienste	2,2	2,2
Rechtssystem	2,2	2,3
Militär	2,2	2,4
Polizei	2,2	2,2
Melde- und Zulassungsbehörden	2,2	2,0
Versorgungsunternehmen	1,9	2,2
Bildungssystem	1,9	1,9

Für das Global Corruption Barometer 2007 wurden rund 63.000 Personen in 60 Ländern durch Gallup International im Auftrag von Transparency International befragt.

Transparency International – die Koalition gegen Korruption

In zahlreichen Ländern ist die Korruption das grösste Hindernis für die nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft. Nach einer Einschätzung der Weltbank werden jährlich 1'000 Mia Dollar Bestechungsgelder bezahlt, das entspricht ca. dem Dreifachen des Bruttoinlandproduktes der Schweiz.

Wir alle sind bei der Bekämpfung der Korruption gefordert: Die internationalen und nationalen Institutionen, die Wirtschaft aber auch die Zivilgesellschaft. Zu diesem Zweck wurde 1993 Transparency International gegründet. Sie ist in kürzester Zeit zu einer Bewegung herangewachsen, die sich in bald über 100 Ländern im Kampf gegen die Korruption engagiert.

Transparency International Schweiz

Die Schweizer Sektion von Transparency International widmet sich ausschliesslich und mit ausgewiesenem Fachwissen dem Thema Korruption in der Schweiz. Im Vordergrund ihrer Arbeit stehen die Sensibilisierung der öffentlichen Meinung, die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft sowie der Dialog mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft. Transparency International Schweiz wurde 1995 als unabhängiger, parteipolitisch neutraler Verein gegründet und finanziert sich durch Mitgliederbeiträge, Spenden und Zuwendungen der öffentlichen Hand.